

17.06.2020

## Konjunktur in Rheinland-Pfalz deutlich eingebrochen

Die konjunkturelle Dynamik der rheinland-pfälzischen Wirtschaft hat durch die Corona-Pandemie einen deutlichen Einbruch erlitten. Das geht aus der aktuellen Konjunkturmfrage der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern hervor, die sich auf Antworten von 848 Unternehmen mit rund 188.000 Beschäftigten stützt. Danach bricht der IHK-Konjunkturklimaindikator – als zusammenfassender Wert der aktuellen und zukünftig erwarteten Geschäftslage – von 113 Punkten auf 77 Punkte ein. Damit ist der Konjunkturklimaindikator in etwa auf dem Niveau der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zum Jahresbeginn 2009.

Die aktuelle Geschäftslage bewerten 63 Prozent der Unternehmen als gut oder gleichbleibend, 37 Prozent melden eine schlechtere Geschäftslage. Damit beträgt der Saldo -12 Punkte. Die Geschäftserwartungen bewerten 53 Prozent als besser oder gleichbleibend, wohingegen 47 Prozent ihre Geschäftswartungen schlechter bewerten und die Geschäftserwartungen im Saldo mit -32 ebenfalls im negativen Bereich liegen.

Mit Blick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung kommentiert Peter Adrian, Präsident der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz: „Die Geschäftserwartungen sind niedrig, das ist in der Krise aber leider normal und kann sich bald wieder ändern, zum Beispiel, wenn der Export wieder anzieht.“ Die Konjunkturmfrage wurde vor den Beschlüssen des Koalitionsausschusses zum Konjunkturpaket durchgeführt. Das aktuelle Konjunkturpaket enthält aus Sicht der rheinland-pfälzischen IHKs sinnvolle, branchenübergreifend wirkende Elemente. Dazu zählen beispielsweise die Ausweitungen beim Verlustrücktrag und bei der degressiven Abschreibung. Die Deckelung der Belastungen aus der EEG-Umlage ist ebenfalls richtig.

„Das Konjunkturpaket enthält einige wichtige liquiditätsstärkende Maßnahmen für Unternehmen, will aber ansonsten zuviel zugleich erreichen. Die Chance auf bereits vor der Krise dringend nötige Strukturreformen wurde damit leider vertagt“, so Adrian.

Hoffungsvoll stimmen die Beschäftigungspläne der Unternehmen: Der Saldowert aus positiven und negativen Erwartungen ist mit -17 zwar deutlich negativ, trotzdem vermelden 74 Prozent der Unternehmen, dass sie die Anzahl der Beschäftigten in den kommenden zwölf Monaten nicht verringern wollen. Hier stellt das Kurzarbeitergeld eine wirksame Unterstützungsmöglichkeit für die Unternehmen dar.

Die Ergebnisse zeigen: Die Wirtschaftszweige sind unterschiedlich stark betroffen. Das Baugewerbe – ein Teilbereich des Industriesektors – zeigt sich im Vergleich zu anderen Branchen am robustesten. Hier liegt der Konjunkturklimaindikator mit 105 Punkten oberhalb von 100 Punkten leicht im expansiven Bereich. Hierzu hat auch das sonnige Frühlings- und Frühsommerwetter beigetragen. Der Konjunkturklimaindikator beträgt in der gesamten Industrie 81 Punkte (Vorumfrage 114).

Handel (Konjunkturklimaindikator 67, Vorumfrage 109) und Dienstleistungsbereich (Konjunkturklimaindikator 79, Vorumfrage 115) verzeichnen eine deutliche konjunkturelle Eintrübung. Einzelhandel, Hotellerie, Gastronomie und zahlreiche Dienstleister hatten wegen der behördlichen Schließungen teilweise keine eigenen Einnahmen mehr und können nun unter Hygieneauflagen - die steigende Kosten, weniger Kundschaft und damit weniger Umsatz mit sich bringen - knapp wirtschaftlich arbeiten.

„Die aktuell vom Bundeskabinett beschlossene Überbrückungshilfe ist die überfällige Verlängerung der Soforthilfe aus bisher nicht abgerufenen Mitteln und wird dringend benötigt. Eine zügige Auszahlung wird nun darüber entscheiden, ob der Überlebenswille vieler KMU gestärkt wird und ob Insolvenzen so noch verhindert werden können“, so Arne Rössel, Sprecher der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz.

Bei den Konjunkturrisiken betrachten knapp vier von fünf Befragten (78 Prozent) die „weitere Entwicklung der Corona-Pandemie“ als größtes Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Unternehmens, gefolgt von einer deutlich angestiegenen Sorge um den Inlandsabsatz

bei 60 Prozent der Unternehmen (+16 Prozentpunkte). Sorgen um Fachkräfte, die noch die vergangene Umfrage dominierten, haben sich mit 25 Prozent mehr als halbiert (-31 Prozentpunkte gegenüber der Vorumfrage).

„Für eine schnelle wirtschaftliche Erholung brauchen wir ein Belastungsmoratorium und mehr kreative und pragmatische Ansätze. Hier ist auch die Landesregierung gefordert, Lösungen zu finden, etwa zur Ermöglichung verkaufsoffener Sonntage noch in diesem Jahr“, so Rössel.

## ANSPRECHPARTNER

Standortpolitik

**DR. MATTHIAS SCHMITT**

Tel.: 0651 9777-901

Fax: 0651 9777-505

[schmitt@trier.ihk.de](mailto:schmitt@trier.ihk.de)